



**Integration gemeinsam gestalten!**  
Dokumentation der Fachtagung  
am 19. Mai 2008 in Bergheim





**Stadt- und Regionalplanung**

Dr. Jansen GmbH

# **Integration gemeinsam gestalten!**

**Dokumentation der Fachtagung  
am 19. Mai 2008 in Bergheim**

**Geschäftsführung:**

Dipl.-Geogr. Ursula Mölders  
Stadt- und Regionalplanerin SRL

Dipl.-Ing. Dominik Geyer  
Stadtplaner AK NW, Bauassessor  
Stadt- und Regionalplaner SRL  
HRB Köln 62236

**Seniorpartner:**

Dr. Paul G. Jansen

Bachemer Str. 115, 50931 Köln-Lindenthal  
Postfach 41 05 07, 50865 Köln

Fon 02 21.940 72-0

Fax 02 21.940 72-18

[info@stadtplanung-dr-jansen.de](mailto:info@stadtplanung-dr-jansen.de)

[www.stadtplanung-dr-jansen.de](http://www.stadtplanung-dr-jansen.de)



1	ZIELSETZUNG DER VERANSTALTUNG UND BEGRÜßUNG DURCH BÜRGERMEISTERIN MARIA PFORDT	1
2	REDE DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN DER LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN THOMAS KUFEN	5
3	ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER KOMM-IN STUDIE „TRANSPARENZ SCHAFFEN!“	11
4	ERGEBNISSE AUS DEN WORKSHOPS	17
4.1	Workshop 1: Was ist Integration? Welches Integrationsverständnis haben wir?	17
4.2	Workshop 2: Was braucht Integration? Welche Rahmenbedingungen sollte es in der Stadt Bergheim geben?	20
4.3	Workshop 3: Wie organisieren wir erfolgreiche Integration in Bergheim?	22
5	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	25
6	TEILNEHMER DER WORKSHOPS	26

In dem nachfolgenden Text verzichten wir zugunsten einer besseren Lesbarkeit auf die Schreibweise „Innen“ bei Bürger, Nutzer, Anlieger etc. Selbstverständlich sind immer gleichzeitig und chancengleich Männer und Frauen angesprochen.

Dieses Gutachten unterliegt dem Urheberrecht. Vervielfältigungen, Weitergabe oder Veröffentlichung des Gutachtens in Teilen oder als Ganzes sind nur nach vorheriger Genehmigung und unter Angabe der Quelle erlaubt, soweit mit dem Auftraggeber nichts anderes vereinbart ist.

## 1 Zielsetzung der Veranstaltung und Begrüßung durch Bürgermeisterin Maria Pfordt

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, Sie heute hier im Rathaus der Kreisstadt Bergheim zu unserer Fachtagung „Integration gemeinsam gestalten!“ begrüßen zu dürfen.

Eingeladen sind heute die wichtigsten Akteure aus Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Institutionen, Behörden, Stadtverwaltung und Politik und darüber hinaus wichtige Vertreter und Multiplikatoren für die Migranten in Bergheim. Über Ihre Anwesenheit freue ich mich ganz besonders, denn wir wollen gemeinsam mit den Migranten die Integration in Bergheim gestalten. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Bergheim viele Migranten bereits ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben und für ihre Landsleute positive Vorbilder sind.

Zum ersten Mal haben wir die Möglichkeit in dieser Zusammensetzung in den Dialog zu treten. Bisher wissen wir nur wenig von den Migranten und reden zu wenig mit ihnen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben rund 20 % der Menschen einen Migrationshintergrund. Dazu gehören etwa 15,3 Mio. Ausländer und Deutsche mit Migrationsgeschichte. In Bergheim können dies bis zu einem Drittel der Einwohner sein. Aus der Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel in den letzten zwei bis drei Jahren wissen wir, dass der Anteil der Migranten, insbesondere der jungen Migranten, eine sehr dynamische Bevölkerungsgruppe ist. Dies gilt für ganz Deutschland und damit selbstverständlich auch für die Kreisstadt Bergheim.

Ich freue mich und bin dankbar, dass es gelungen ist, heute den Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Herrn Thomas Kufen, als Gastreferenten für unsere Veranstaltung gewinnen zu können. Durch ihn haben wir die Möglichkeit, den Blick auf das Thema Integration über unsere Stadtgrenzen hinweg öffnen zu können.

Integration beginnt vor Ort, dort wo die Menschen leben. Damit ist das Thema Integration eine besondere Herausforderung und Chance für alle Kommunen.

Als Bürgermeisterin der Stadt Bergheim liegt mir sehr daran, über das Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Nationen mehr zu erfahren. Wir wissen, dass unter den Ausländern in Bergheim die Türken mit 27,3 % die größte Gruppe darstellen, gefolgt von den Polen mit 14 %, Marokkanern mit 11,8 % und Italienern mit 9 %.

Es gibt in Bergheim bereits zahlreiche Integrationsmaßnahmen, die schon greifen aber in Zukunft in eine gesamtstädtisch ausgerichtete Integrationsarbeit einbezogen werden sollten. Beispielhaft möchte ich hier das Projekt Nationwork in Bergheim Süd-West, die Zusammenarbeit der Kontaktstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe mit den Kulturdolmetschern (Migrami-Projekt) sowie die



interkulturellen Bildungsprojekte in unseren Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen nennen.

Integration verstehen wir als einen wechselseitigen Prozess, der von den Migranten ein aktives Bekenntnis zu unserer Gesellschaft und zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangt. Migranten sind aufgerufen, sich in das Gemeinwesen einzubringen und Mitverantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen. Für die Aufnahmegesellschaft bedeutet Integration, offen zu sein für die kulturelle Bereicherung durch zugewanderte Menschen, sie gleichberechtigt anzuerkennen und ihnen umfassende Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Mitwirkung zu gewährleisten.

Gerade die Erfahrungen mit dem Projekt Nationwork in Bergheim Süd-West zeigen uns, wie wichtig niedrigschwellige Integrationsangebote in den Stadtteilen sind. Der unmittelbare Kontakt zu den Menschen schafft Vertrauen und erreicht damit die Migranten, die sich von Angeboten bisher nicht angesprochen fühlen oder sich nicht trauen, teilzunehmen. So gibt es Frauen, die schon sehr lange in Deutschland leben und nie einen Sprachkurs besucht haben. Die Familie und die oft vielen Kinder waren immer wichtiger. Jetzt nehmen sie sich die Zeit und lernen. Mit der Einrichtung des Integrationsbüros wurde dem Thema Integration ein eigener Platz gegeben, der als Ort der Begegnung und Anlaufstelle von jung und alt angenommen wird. Beachtlich ist das große Engagement von zahlreichen Migranten, die ehrenamtlich oder als Honorarkräfte die Nationworkerin vor Ort unterstützen. Diese sind wichtige Multiplikatoren, denn durch den eigenen Migrationshintergrund gibt es weder Sprachprobleme noch kulturelle Missverständnisse. Viele Migranten fühlen sich erstmalig ernst genommen, betonen aber auch, dass in Deutschland zu spät mit der Integration begonnen wurde. Das Projekt Nationwork ruft Migranten auf sich zu beteiligen, Verantwortung für sich zu übernehmen und nicht andere darüber entscheiden zu lassen, was sie brauchen, um in Deutschland besser klar zu kommen. So sind alle Projekte, die im Integrationsbüro angeboten werden, Resultat von Bedarfsabfragen. Ein Signal an die Migranten, selbst etwas auf die Beine stellen zu können und dabei Unterstützung zu finden. Damit werden Selbsthilfepotentiale geweckt. Dieser ressourcenorientierte Ansatz der Integrationsarbeit holt die Migranten aus ihrer Opferrolle, die sie sich nicht nur selbst geben, sondern auch von der Gesellschaft übergestülpt bekommen. Ein Dialog funktioniert nur dann, wenn die Partner gleichberechtigt sind. Wir möchten in Bergheim gemeinsam Integration gestalten! Daher ist die Arbeit vor Ort immens wichtig, um Migranten für den Dialog der Kulturen zu gewinnen. Dies gilt im Übrigen wechselseitig, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Auch die Aufnahmegesellschaft muss für den Dialog der Kulturen gewonnen werden, denn nur wer sich aufeinander zu bewegt, kann gemeinsam etwas verändern.

Damit wir in Bergheim etwas verändern können, haben wir mit Unterstützung der Landesregierung NRW im Rahmen der KOMM-IN Förderung eine Studie in Auftrag gegeben, die den Stand der bisherigen Integrationsarbeit in den Stadtteilen Ahe, Auenheim, Quadrath-Ichendorf und Bergheim Süd-West ermitteln soll. Diese vier Stadtteile weisen einen besonders hohen Anteil von Migranten auf, zwischen knapp 15 % in Quadrath-Ichendorf und knapp 30 % in Auenheim. Die Studie umfasst sowohl die Analyse soziodemografischer Strukturen als auch die Ergebnisse qualitativer Interviews mit Migrantinnen und Migranten, Funktionsträgern aus Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Verwaltung und Politik. Auch ich selbst habe mich mit einem Interview beteiligt.

Mit der Durchführung der Studie wurde nach Ausschreibung das Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. aus Oldenburg beauftragt. Ich freue mich sehr, heute hier die Verfasser der Studie begrüßen zu dürfen, Herrn Dr. Christe, Herrn Reisch und Herrn Wende. Herr Dr. Christe wird in seinem Vortrag erstmalig die Ergebnisse der Studie „Transparenz schaffen!“ einer breiten Öffentlichkeit vorstellen, die wichtigsten Erkenntnisse präsentieren und eine Einschätzung der Integrationssituation in Bergheim vornehmen. Darüber hinaus wird er Handlungsempfehlungen vorstellen, die für die weitere Arbeit in Bergheim zusammengetragen wurden.

Eine erfolgreiche Integration der Migranten in unsere Stadtgesellschaft und die Wahrnehmung der Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft kann nur gelingen, wenn wir Transparenz geschaffen haben! Die Ergebnisse dieser gleichnamigen Untersuchung sind für uns eine große Hilfe, um einen Einstieg in die gesamtstädtische Integrationsarbeit zu finden. Dafür vielen Dank!

Mit der heutigen Veranstaltung beginnen wir einen Einstieg in die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit. Damit haben wir in Zukunft die große Chance, in Bergheim neue Wege zu beschreiten.

Mit den Erkenntnissen der Wissenschaftler haben wir einen ersten Überblick über den Status Quo der Integrationssituation in Bergheim erhalten. Darauf aufbauend sind wir heute hier alle aufgefordert, in den drei Workshops unsere Perspektiven einzubringen, um mit unserem internen Blick die zukünftige Ausrichtung der Integrationsarbeit in Bergheim gemeinsam zu gestalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nutzen Sie die Chance, Teil des Integrationsprozesses in Bergheim zu sein. Nur wenn wir zusammen einzelne Teile eines großen Puzzles zusammenführen, ist erfolgreiche Integration möglich! In den Workshops kann jeder von Ihnen einen Beitrag für die zukünftige Ausrichtung der Integrationsarbeit leisten.

Ziel des heutigen Tages ist es, an einem gemeinsamen Integrationsverständnis zu arbeiten, das Grundlage der weiteren Arbeit in Bergheim sein wird. Sie alle sind hier, weil Sie auf Ihrem Gebiet Fachleute sind.

Wir diskutieren heute über erforderliche Rahmenbedingungen, die für einen erfolgreichen Dialog unabdingbar sind. Nutzen wir unsere bisher gemachten Erfahrungen, um Synergien für die gesamte Stadt zu generieren. Blicken wir gemeinsam über den eigenen Tellerrand und denken über neue kooperative Vernetzungsstrukturen nach.

Lassen Sie uns gemeinsam Vorschläge für die weitere organisatorische Umsetzung der Integrationsarbeit erarbeiten.

Mit der heutigen Fachtagung haben wir die einmalige Chance, ein neues Kapitel im Buch der kommunalen Integrationsarbeit aufzuschlagen. Als Bürgermeisterin der Kreisstadt Bergheim unterstütze ich persönlich diesen eingeschlagenen Weg. Mit dem heutigen Tag steigen wir gemeinsam in eine Debatte ein, die man ohne Übertreibung als Herzstück gesellschaftspolitischer Diskussion bezeichnen kann. Als Ihre Bürgermeisterin greife ich diese auf, trage sie nach vorn und möchte sie gemeinsam mit Ihnen auf den Weg bringen. So freue ich mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass der Einstieg in die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit wiederum mit Unterstützung der Landesregierung im Rahmen des Förderprogramms KOMM-IN NRW erfolgt. So soll mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW bis zum 31. Januar 2009 ein stadtweites Integrationskonzept entwickelt werden. Darüber hinaus soll eine Integrationsfachstelle innerhalb der Stadtverwaltung eingerichtet werden, die diesen Prozess koordinieren soll.

Nur so haben wir die Möglichkeit, gemeinsam mit allen Akteuren in Zukunft kooperative Vernetzungsstrukturen zu schaffen und aus kommunaler Sicht die Integration erfolgreich zu steuern. Mit der heutigen Fachtagung ermöglichen wir auch den politischen Gremien unserer Stadt eine fundierte politische Meinungs- und Entscheidungsbildung. Sicherlich bleiben nach der heutigen Veranstaltung viele offene Fragen, die wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten können. Wir haben allerdings einen Anfang gemacht. Ich lade Sie ein, auch in Zukunft weiter mit uns zu diskutieren und den heute eingeschlagenen Weg auch weiterhin mit uns zu gehen.

## 2 Rede des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen Thomas Kufen<sup>1</sup>

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

für die Einladung zu der heutigen Auftaktveranstaltung in den Integrationsprozess danke ich Ihnen herzlich und überbringe Ihnen die herzlichen Grüße der Landesregierung und des Integrationsministers Armin Laschet.

Unser Land verändert sich. Die Vielfalt der Kulturen, der ethnischen Abstammungen und religiösen Überzeugungen nimmt zu. Hier in Nordrhein-Westfalen ist das nicht so neu, seit Generationen sind Menschen aus anderen Herkunftsländern hierher gekommen, um Arbeit zu finden. Heute leben rund vier Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, aber inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben,

- bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist,
- die als Aussiedler oder Spätaussiedler zu uns d. h. als Deutsche zurück nach Deutschland gekommen sind,
- oder die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Das ist ein Anteil von über 22 Prozent an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalen. Bei den Unter-6-Jährigen sind es in Nordrhein-Westfalen noch deutlich mehr, nämlich 38 Prozent.

Deren Zukunft ist für die ganze Gesellschaft entscheidend. Und: Sie werden unsere gemeinsame Zukunft maßgeblich gestalten. Oder noch genauer: Wir müssen unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Es geht nicht um „Minderheitenpolitik“, sondern um unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine große Aufgabe, aber richtig ist auch: Kein anderes Bundesland hat mehr Erfahrungen mit Zuwanderung und kein anderes Bundesland hat mehr Erfahrung mit Integration als Nordrhein-Westfalen.

Eine Gesellschaft mit Vielfalt muss auch eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle gewährleisten. Bergheim hat sich dieses Ziel gesetzt. Sie wollen praktische Konsequenzen ziehen und Integration voran bringen. Die Landesregierung hat ihrerseits das Thema „Zuwanderung und Integration“ zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Wir wollen die Chancen, die durch die Menschen die zu uns gekommen sind, entstehen, besser nutzen. Wir verschließen aber auch die Augen nicht vor den Problemen. Wir sind realistisch und ehrgeizig zugleich.

Wir in Nordrhein-Westfalen betreiben eine Integrationspolitik ohne Angst und ohne Träumereien. Unser Ziel heißt: Nordrhein-Westfalen soll zum Land der neuen Integrationschancen werden.



---

<sup>1</sup> Es gilt das gesprochene Wort!

Integration ist zweifelsohne ein großes Projekt, welches vieler Hände bedarf. Dabei darf niemand vergessen was besonders wichtig ist: Nämlich die Vielfalt der zugewanderten Menschen zuzulassen und gleichzeitig auf Gemeinsamkeiten zu bauen. Denn das Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt kann nur funktionieren, wenn ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit vorhanden ist. Diese Gemeinsamkeiten, wie die deutsche Sprache und unsere Werteordnung, sind wichtig und unabdingbar für unser Zusammenleben.

Eine Gesellschaft, in der jeder Respekt erwarten kann. In der sich jeder verantwortlich fühlt dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt. Oder, wie der niederländisch-britische Autor Ian Buruma es formulierte: „Die Werte der Aufklärung sind zu verteidigen, weil sie auf guten Ideen beruhen, und nicht, weil sie „unsere Kultur“ sind.“

Um Chancengleichheit wirklich gewährleisten zu können, sind Bildung und die Beherrschung der deutschen Sprache essentiell. Daher setzt Nordrhein-Westfalen bei seiner Integrationspolitik vor allem auf die Bereiche Sprache und Bildung.

Wir verfolgen in Nordrhein-Westfalen eine doppelte Strategie. Dazu gehört:

1. Erstens die „nachholende Integrationspolitik“ für all jene, die schon lange bei uns leben, deren Integration aber nicht hinreichend geglückt ist,
2. und zweitens die frühe Förderung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte.

Das sind auch Kernbestandteile des 20 Punkte umfassenden Aktionsplans Integration. Der Aktionsplan ist das integrationspolitische Handlungsprogramm der Landesregierung, das wir Schritt für Schritt umsetzen. Nordrhein-Westfalen ist damit zum Vorreiter der Integrationspolitik geworden.

Der Aktionsplan mit seinen vielen konkreten Ansätzen macht deutlich, dass Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe der Landesregierung ist. Alle Ressorts wirken an der Umsetzung mit, angefangen vom Schulministerium, über das Arbeits- und Sozialministerium und das Wirtschaftsministerium, bis hin zum Städtebau- und Innenministerium.

Die Schlüssel zur Integration sind Bildung und Sprache, sie sind die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe. Wir dürfen aber nicht vergessen: Integration ist kein einseitiger Prozess, auch die Mehrheitsgesellschaft muss ihren Beitrag leisten. Die Bildungschancen zu verbessern, liegt im Interesse der Kinder und ihrer Familien. Es muss aber auch zentrales Interesse einer Gesellschaft sein, die ihre Zukunft ernst nimmt. Denn: Beste Bildungschancen brauchen wir auch deshalb, weil unsere Gesellschaft immer älter wird und schrumpft. Die Landesregierung hat deshalb einen integrierten

onspolitischen Schwerpunkt auf Sprachförderung und verbindliche Sprachstandsfeststellungen für Vierjährige gelegt.

Wer bei der Einschulung nicht gut deutsch spricht, der ist für die weitere Schullaufbahn in einer ungünstigen Startposition. Zwei Jahre vor der Einschulung wird der Sprachstand für jedes Kind verpflichtend festgestellt. Wenn dieser nicht altersgemäß ist und die Kinder die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen, werden sie verpflichtet, an einem über zwei Jahre laufenden vorschulischen Sprachkurs teilzunehmen, sofern sie nicht in einer Tageseinrichtung für Kinder entsprechend gefördert werden. So sollen alle Kinder - ganz gleich, aus welchem Elternhaus sie stammen - die Chance erhalten, dem Unterricht in der Schule auch folgen zu können. Denn wer die Unterrichtssprache nicht versteht, der hat schlechte Chancen auf einen Schulabschluss und eine erfolgreiche Berufskarriere.

Diesem Zusammenhang haben wir wohl nicht immer genügend Beachtung geschenkt. Ich stelle mir die Frage, ob wir es nicht auch deshalb mit einer Gruppe von problematischen Jugendlichen zu tun haben, weil wir uns zu wenig um sie gekümmert haben. Wie dringend notwendig mehr Anstrengungen für die Bildung der zugewanderten Schülerinnen und Schüler ist, zeigt zum Beispiel die folgende Zahl: Im Schuljahr 2005/2006 hatten mehr als 20 Prozent der Hauptschüler in Nordrhein-Westfalen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil ausländischer Schüler an allen Gymnasiasten lag dagegen nur bei 4,79 Prozent (Quelle: Zuwanderungsstatistik Nordrhein-Westfalen).

Das bestätigt die Ergebnisse der OECD-Bildungsstudie, der zufolge unser Bildungssystem den Kindern mit Zuwanderungsgeschichte schlechtere Chancen bietet als den einheimischen Kindern. Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben.

Ein großer Teil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte steckt in einem Teufelskreis aus Armut, schlechten Bildungschancen und schlechten Berufschancen. Der Kinderreport 2007 des Kinderhilfswerks, der im November 2007 vorgestellt wurde, zeigt dies auf. Besonders prekär sei die Lage in ausländischen Familien. Im größten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, lebe bereits jedes dritte Kind in einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft. In Städten wie Köln, Mönchengladbach oder Essen liege die Quote bei knapp 40 Prozent. Spitzenreiter ist Bielefeld, wo im Juni 2006 fast jedes zweite Kind mit Zuwanderungsgeschichte auf Sozialgeld angewiesen sei. Hohe Armutsquoten wiesen vor allem Zuwanderungsfamilien aus der Türkei und Ex-Jugoslawien auf. Dabei seien die Probleme in der zweiten Generation sogar noch deutlich größer als in der ersten, heißt es in der Studie.

Der Grund ist nach Ansicht der Autoren, dass sich die Armut zunehmend vererbe. Wir sehen, wir müssen handeln, und nicht in ferner Zukunft, sondern sofort.

*Interkulturelle Öffnung*

Wenn kulturelle Vielfalt Realität in unserer Gesellschaft ist, dann muss sich auch der Staat darauf viel stärker einstellen als bisher.

Das heißt konkret: Die öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen müssen noch besser lernen, die Menschen, mit denen sie zu tun haben, die auf ihre Dienste angewiesen sind, in ihrer Verschiedenheit ernst zu nehmen und anzusprechen.

In Nordrhein-Westfalen sind wir derzeit dabei, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Zugänge zu erleichtern, beispielsweise zur Familienberatung oder zu Senioreneinrichtungen. Wir arbeiten daran, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in solchen Einrichtungen entsprechend qualifiziert sind. Wir setzen uns dafür ein, dass dort mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt werden.

#### *Zusammenleben und Stadtentwicklung*

Die ethnische, religiöse, sprachliche und kulturelle Vielfalt in unserem Lande ist eine große Chance und eine wichtige Zukunftsressource. Aber diese Ressource kommt uns gesellschaftlich nur dann zugute, wenn es nicht bei einem beliebigen Nebeneinander bleibt, sondern wenn es einen kontinuierlichen Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen gibt. Mit den neuen Integrationsagenturen und dem Landesprojekt KOMM-IN NRW unterstützt die Landesregierung zudem die Integrationspolitik der Städte und Gemeinden.

In den vergangenen Jahren sind viele innovative Ideen auf der kommunalen Ebene für eine bessere Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entwickelt und umgesetzt worden. Das ist ermutigend und erfreulich zugleich. Das Programm KOMM-IN leistet dazu einen maßgeblichen Beitrag und gibt Anstöße für effektive Integrationsstrukturen vor Ort.

Im November 2007 wurde das neue Handbuch für Kommunen „Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen/Potentiale nutzen - aus Erfahrungen lernen“ als Veröffentlichung der Landesregierung herausgegeben. In diesem Handbuch werden Themen, wie die bessere Nutzung der Potentiale der Zugewanderten, die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und viele Initiativen der Integrationsarbeit beschrieben und bewertet. Ich hoffe sehr, dass das Handbuch den politisch und fachlich Verantwortlichen wie auch den vielfältigen Integrationspartnern der Kommunen vor Ort nützlich sein und neue Impulse geben wird.

Unsere Gesellschaft lebt von freiwilligem Engagement und vom Mitmachen. Daher hat die Landesregierung ein großes Interesse daran, dass Migrantenselbstorganisationen auch heutzutage stark sind und es in Zukunft bleiben. Beispielhaft für das bürgerschaftliche Engagement sind für mich die erfolgreichen Anstrengungen zugewanderter Eltern, die den Schulerfolg ihrer Kinder gemeinsam verbessern wollen. Verstärkt engagieren sich Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in der Kindertageseinrichtung, im schulischen Bereich bis hin zur Stadtteilarbeit.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es bereits viele erfolgreiche Beispiele für das Engagement von Eltern mit Zuwanderungshintergrund. Die Bildungsprozesse ihrer Kinder werden durch gemeinsame Anstrengungen und Integrationsbemühungen erfolgreich unterstützt.

Im „Elternnetzwerk NRW - Integration miteinander“ kommen Eltern mit Zuwanderungshintergrund zusammen und engagieren sich gemeinsam für die schulischen Belange ihrer Kinder. Das Elternnetzwerk NRW setzt also auch ein wichtiges Zeichen: Eltern mit Zuwanderungsgeschichte interessieren sich sehr wohl für den Bildungserfolg ihrer Kinder. Und sie interessieren sich nicht nur dafür, sie setzen sich aktiv dafür ein und unterstützen zusätzlich andere Eltern. Ausgehend von der Frage: Stimmt denn die öffentliche Wahrnehmung, dass Familien mit Zuwanderungsgeschichte wenig bildungsorientiert sind? Und selbst wenn sie stimmt - wie kann man dies zukünftig verändern? begann die Arbeit des heutigen Netzwerks. Ziel war es, Eltern als Paten für die Verbesserung der Bildungssituation ihrer Kinder zu gewinnen. Das war der Impuls.

Eltern mit Zuwanderungsgeschichte schlossen sich in Vereinen zusammen, um gemeinsam den schulischen Werdegang ihrer Sprösslinge zu unterstützen - mit beispielhaftem Erfolg. Deshalb begann die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, ein weit gespanntes Netzwerk aufzubauen, mit dem Ziel, die „Brückenfunktionen“ der Selbstorganisation zu verstärken.

Im Elternnetzwerk engagieren sich Eltern mit Zuwanderungsgeschichte zur Verbesserung der Bildungssituation ihrer Kinder. Organisiert sind Elternvereine- und Institutionen von Eltern ganz unterschiedlicher Herkunft. Sie qualifizieren sich selbst in ihren Vereinen und Initiativen in verschiedenen Bildungs- und Erziehungsfragen. Sie setzen sich dafür ein, dass ihr Multiplikatorenwissen möglichst vielen Eltern bekannt wird. Hierzu führen sie Seminare und Informationsveranstaltungen durch, organisieren Veranstaltungen für Eltern in Kindertagesstätten, Schulen, in der Freizeit. Sie setzen sich mit den aktuellen Fragen der Einwanderung in Deutschland auseinander und bringen ihre Kompetenz in die entsprechenden Gremien ein. Wo immer dies erwünscht oder möglich ist, arbeiten sie mit den deutschen Vereinen, Organisationen und pädagogischen Institutionen zusammen.

Indem wir hier auch die Eltern einbeziehen, schaffen wir eine neue Perspektive. Und das brauchen wir für NRW: einen Perspektivenwechsel, in dem wir stärker anerkennen, dass Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte eine Bereicherung für die deutsche Gesellschaft und für Europa sind. Und Bildung und die gemeinsame deutsche Sprache sind hier die wichtigsten Voraussetzungen für Chancengleichheit und Integration.

Umgesetzt und mit Leben gefüllt wird Integration vor Ort, das heißt in den 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Ohne die Städte und Gemeinden bleibt jede Integrationspolitik Stückwerk.

Bergheim gehört zu denjenigen, die dieses erkannt haben und sich engagieren in der Vernetzung und Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik. Ich wünsche uns einerseits einen Grundkonsens der Integrationspolitik in den Kommunen, aber auch andererseits einen Wettbewerb der Integrationskonzepte zwischen den Kommunen. Die vielfältigen Anstrengungen der Kommunen in Integrationsbereich müssen wirksamer werden.

Deswegen halte ich Integrationskonferenzen in den Städten Nordrhein-Westfalens für überaus wichtig. Wir brauchen mehr Foren wie dieses, in denen wir uns austauschen und weiterentwickeln können.

Meine Damen und Herren,

Zusammengefasst lautet der Kern des neuen deutschen Migrations- und Integrationsmodells: Wir müssen uns der Realität stellen. Einwanderung ist Realität und Integration eine gemeinsame Verpflichtung. Realität ist auch, dass unsere Gesellschaft sich durch die Zuwanderer geändert hat und auch weiter ändern wird. Hiervor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Es muss uns gelingen, das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern mit guten Perspektiven für alle zu gestalten. Denn: Integration wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie zusammen mit den Zuwanderern gestaltet wird.

Eine Denkweise „wir“, die Deutschen, und auf der anderen Seite „die anderen“, die Zuwanderer, ist schon lange fehl am Platz.

Das alles schafft die Politik nicht allein. Dafür brauchen wir jeden in unserem Land. Jeder kann etwas tun: In seiner Familie, in der Nachbarschaft, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Kirchengemeinde. Gemeinsam können wir mehr erreichen. Es muss uns gelingen, das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern mit guten Perspektiven für alle zu gestalten - eine Gesellschaft, in der jeder Respekt erwarten kann, in der sich jeder verantwortlich fühlt dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt.

Deshalb möchte ich uns ermutigen, die Herausforderungen anzunehmen. Ich wünsche uns allen eine anregende Konferenz und hoffe auf interessante und informative Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen.

### 3 Zusammenfassung der Ergebnisse der KOMM-IN Studie „Transparenz schaffen!“

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

#### Stichpunkte

---

1. Auftrag und Vorgehensweise der Studie
2. Ausgewählte Ergebnisse
3. Folgerungen und Empfehlungen
4. Eckpunkte eines Integrationskonzepts

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Berghelm, Mai 2008

2

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

#### 1. Auftrag der Studie (a)

---

1. Erarbeitung von Grundlagen für Weiterentwicklung der Integrationsarbeit
2. Entscheidungshilfe für künftige strategische Entscheidungen

Laufzeit: November 2007 bis März 2008

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Berghelm, Mai 2008

3

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

#### 1. Vorgehensweise (b)

---

- Quantitative Analyse statistischer Daten
- Qualitative Analyse der Integrationsangebote  
Experteninterviews Gruppengespräche  
Konzeptanalyse und Zielanalyse des Integrationsangebotes
- Entwicklung von Eckpunkten für Integrationskonzept

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Berghelm, Mai 2008

4

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

## 2. Ausgewählte Ergebnisse

---

**II Zur soziodemographischen Struktur der Stadt Bergheim sowie ausgewählter Stadtteile**

<b>1. Bevölkerung</b>	<b>24</b>
1.1 Bevölkerungsentwicklung	24
1.2 Nichtdeutsche Bevölkerung nach Herkunftsländern	28
1.3 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung	29
1.4 Nichtdeutsche Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen	30
1.5 Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung in ausgewählten Stadtteilen	33
<b>2. Arbeitsmarkt</b>	<b>34</b>
2.1 Beschäftigung	34
2.2 Geringfügige Beschäftigung	35
2.3 Ausbildungsplätze	36
2.4 Arbeitslosigkeit	36
2.5 Beschäftigungssituation von Ausländern	37
2.6 Ethische Ökonomie	41
2.7 Arbeitslosigkeit von Ausländern	42
2.8 Teilnahme von Migranten an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	45
<b>3. Bildungsbeteiligung</b>	<b>46</b>
3.1 Schulbesuch	46
3.2 Schulabschlüsse	48

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Bergheim, Mai 2008

5

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

## 2. Ausgewählte Ergebnisse

---

**III Ausgewählte Felder der Integration im Spiegel qualitativer Interviews**

1. Erwerbsarbeit und Qualifikation
2. Erwerbslosigkeit und Armut
3. Wohnen und Segregation
4. Abweichendes Verhalten (Devianz)
5. Sprache
6. Betreuung von Kindern
7. Schule
8. Freizeit
9. Interkulturelle Kompetenz
10. Zugang zu politischen Entscheidungen
11. Generelle Einschätzung der Integrationssituation

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Bergheim, Mai 2008

6

  
[www.iaj-oldenburg.de](http://www.iaj-oldenburg.de)

## 2. Ausgewählte Ergebnisse - Eckdaten zur Bevölkerung

---

**Wohnbevölkerung 2007**

Insgesamt	62.917
Darunter: Nichtdeutsche	8.437 = 13,4%

**Nichtdeutsche nach Herkunftsländern 2007**

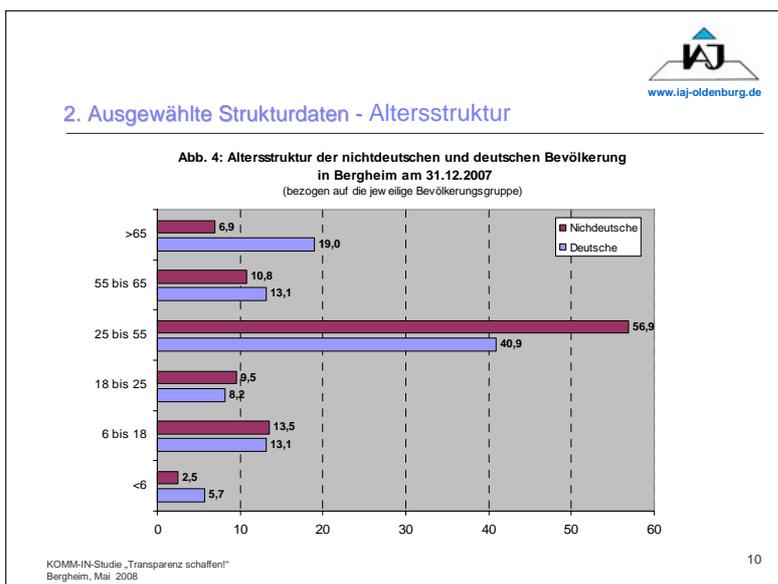
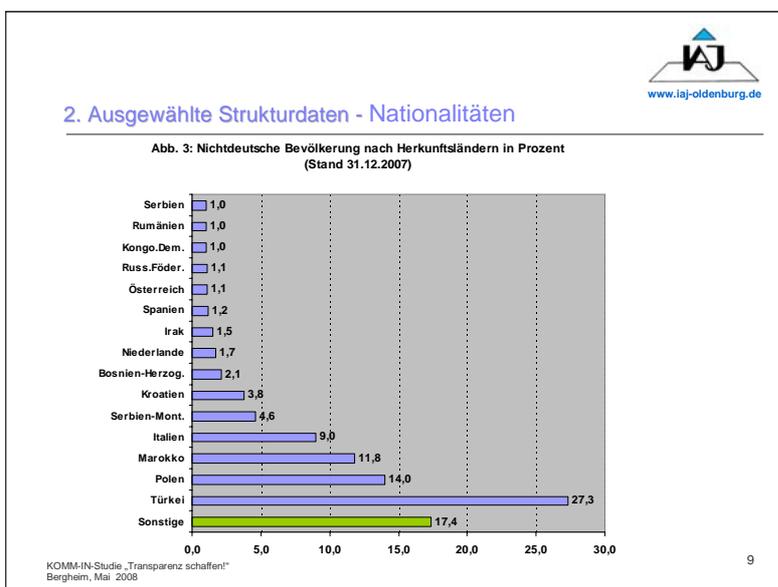
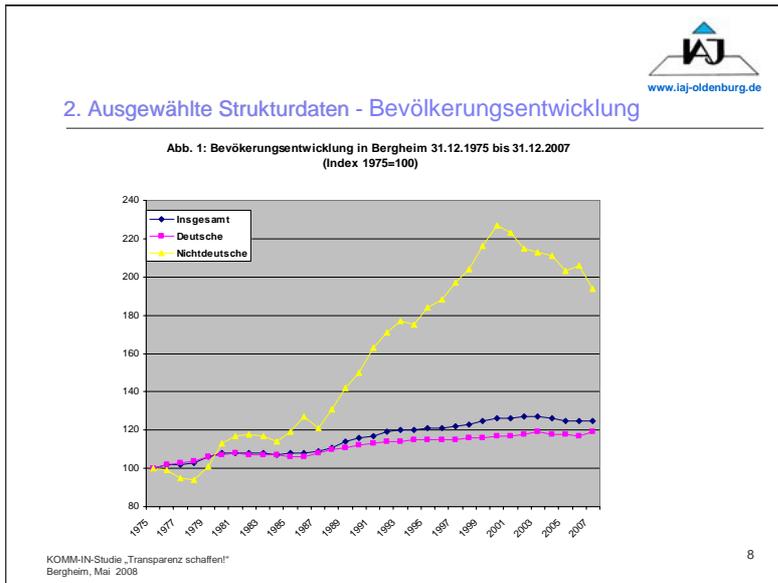
Türkei	2.301
Polen	1.180
Marokko	996
Italien	760
Ehem. Jugoslawien	890

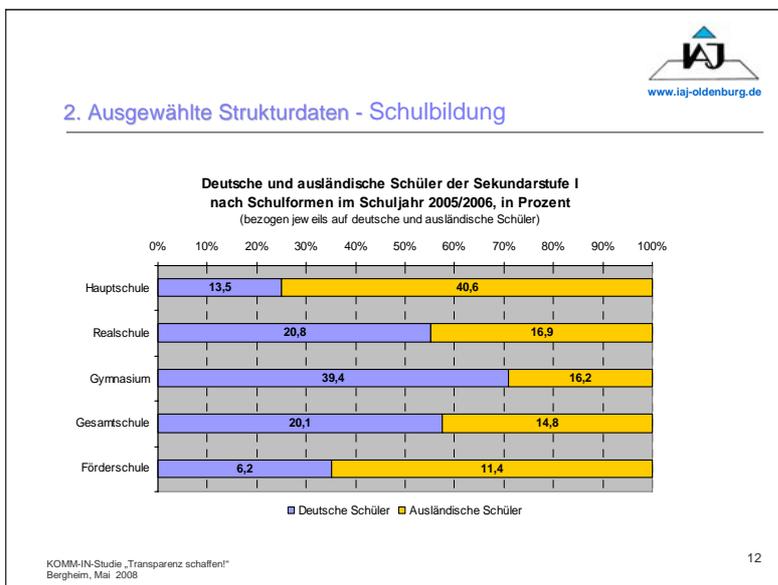
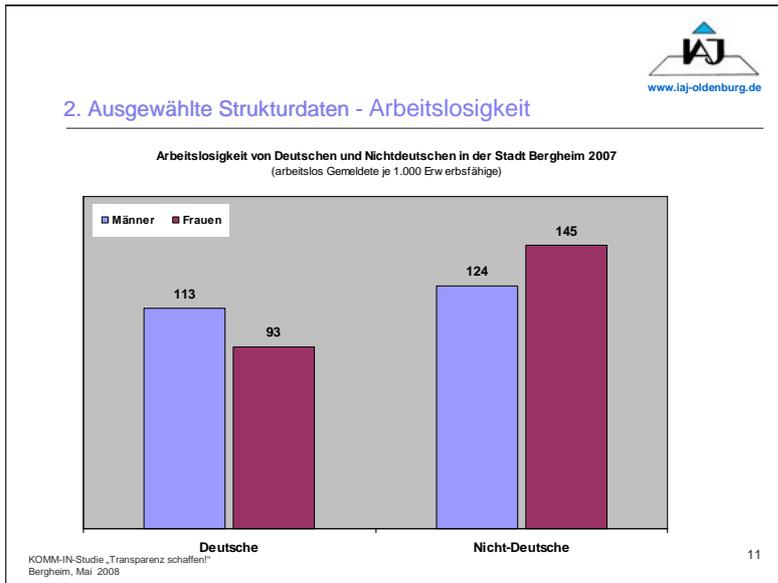
**Einbürgerungen 2000 bis 2007**

Kumuliert 1.564

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Bergheim, Mai 2008

7





### 3. Folgerungen und Empfehlungen

➤ **Sprache**

- Sprachliche Bildung als Querschnittsaufgabe
- Stadtweites Gesamtkonzept zur Sprachförderung entwickeln, das flächendeckend einheitlich und verbindlich eingeführt wird (*alle* Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Sekundarbereich der Schulen).
- Bessere Mischung von deutschen und nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen

KOMM-IN-Studie „Transparenz schaffen!“  
Bergheim, Mai 2008



### 3. Folgerungen und Empfehlungen

#### ➤ Kindergarten / Schule

- Stärkung der Schlüsselrolle von Kitas bei Ansprache der Eltern
- Interkulturelle Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Einbindung aller Kitas in ein gesamtstädtisches Integrationskonzept
  
- Ganztagsangebot, das durch Schulsozialarbeit unterstützt wird. Einbettung in Integrations-Gesamtkonzept sollte verpflichtend sein
- Schulen in den Problemquartieren benötigen verstärkte Ausstattung sowie Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes



### 3. Folgerungen und Empfehlungen

#### ➤ Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit

- Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten bei allen Migrantengruppen
- Erarbeitung eines Konzepts zur besseren beruflichen Integration gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und der ARGE
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft



### 3. Folgerungen und Empfehlungen

#### ➤ Wohnen / Freizeit

- Bessere verkehrstechnische Anbindung der Wohnquartiere an die Zentren der Stadt (öffentlicher Nahverkehr)
- Fortschreibung und Ausdehnung der Integrations- und Stadtteilbüros auch auf Stadtteile, in denen solche Angebote noch nicht vorhanden sind
- Bessere Angebote hinsichtlich Bildung, Beratung, Beteiligung und Freizeit
- Organisation kultureller Veranstaltungen
- Einrichtung von „geschützten Räumen“ für Frauen in Schwimmhallen, Treffs und Cafés
- Personelle und sachliche Stärkung der Jugendzentren für die Arbeit mit männlichen Problemgruppen



#### 4. Eckpunkte eines Integrationskonzepts

##### ➤ Aufwachsen

Interkulturelles Konzept mit verbindlichen Standards  
Soll alle Betreuungs- und Schulangebote einbeziehen

##### ➤ Ethnische Ökonomie

Kann zur Stärkung der lokalen Versorgungsstruktur in benachteiligten Stadtteilen beitragen  
Kann besondere Rolle in der lokalen Beschäftigungspolitik spielen

##### ➤ Wohnen / Freizeit

Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität in verschiedenen Stadtteilen  
Einbindung der Jugendzentren in gesamtkommunales Integrationskonzept

##### ➤ Gestaltungsstrukturen

Erarbeitung eines Integrationsleitbildes, gemeinsam mit den lokalen Akteuren  
Kommunales Integrationskonzept als *konkretes* Arbeitsprogramm



#### 4. Eckpunkte eines Integrationskonzepts

- Verbesserung der sozialen und politischen Teilhabe von Migranten
- Verbesserung der Datenerhebung
- Regelmäßiger Integrationsbericht
- Ratsausschuss für Integration
- Integrationsleitstelle
- Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens



#### Integrationsbegriff

##### • Erster Integrationsgrundsatz

Integration ist als *wechselseitiger* Prozess zu gestalten, der *gleichberechtigte* Teilhabe auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung ermöglicht. Er stellt gleichzeitig Anforderungen an die Migrantinnen und Migranten *und* an die einheimische Bevölkerung.

##### • Zweiter Integrationsgrundsatz

Integration muss als *ganzheitlicher* Prozess gestaltet werden, der von beiden Seiten zu tragen ist. Dieser Prozess findet als strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration statt. Er ist umfassend zu fördern und zu koordinieren.

##### • Dritter Integrationsgrundsatz

Integrationsförderung muss *zielgerichtet* erfolgen, sich an den unterschiedlichen Bedarfslagen ausrichten, unterschiedliche Lebenserfahrungen berücksichtigen und Benachteiligten entgegenwirken.

- Integration muss sich für beide Seiten in der jeweils subjektiven Sichtweise „lohnen“, d.h. es muss ein Vorteil für die eigene Lebenssituation erkennbar sein und *subjektiv* erreichbar erscheinen.

## 4 Ergebnisse aus den Workshops

### 4.1 Workshop 1: Was ist Integration? Welches Integrationsverständnis haben wir?

*Moderation und Protokoll: Roman Reisch, Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)*

Die Klärung der Frage, was allgemein unter Integration verstanden werden könne, entsprach nicht den Bedürfnissen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. An die Stelle einer grundsätzlichen Klärung des Begriffs traten sehr stark von eigenen, unmittelbaren Erfahrungen gestützte Meinungen über Voraussetzungen und Kriterien, die erfüllt sein müssten, damit „Integration“ praktisch gelingen könne. Berichtet wurde aber auch von alltäglichen Erfahrungen, die Integration be- bzw. verhindern.

Obwohl von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedliche Themen angesprochen wurden, kristallisierten sich drei Punkte heraus, die in vielen Redebeiträgen aufgegriffen wurden:

Die Sprache ist in Deutschland ein Schlüssel zur Integration. Ohne die deutsche Sprache hinreichend zu beherrschen, stehen Migrantinnen und Migranten Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarkt nur bedingt offen.

Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Er muss sowohl von den Migrantinnen und Migranten als auch von der einheimischen Bevölkerung aktiv angegangen werden. Er muss von gegenseitiger Toleranz, Achtung und Respekt gegenüber der jeweils anderen Kultur getragen sein. Die Achtung der im Aufnahmeland geltenden Gesetze, die Einhaltung von Rechtsnormen sei für gelingende Integration unerlässlich.

Arbeit bzw. ein Arbeitsplatz und Wohnung sind weitere wichtige Lebensbedingungen, die für eine gelungene bzw. gelingende Integration unabdingbar sind.

Zu diesen drei Punkten seien im Folgenden einige Aussagen zur Illustration angeführt.

#### *Sprache*

„Ohne Sprache, war es schwierig für mich, mit Menschen zu sprechen, Kontakt zu ihnen zu bekommen. Ich habe mich isoliert gefühlt. Erst durch die Sprache konnte ich mir die deutsche Kultur aneignen. Sprachkurse sind wichtig, doch sie müssen regelmäßig, häufiger und systematisch durchgeführt werden.“ (Ein ausländischer Bürger)

Sprache oder Sprechen sollten nicht allein unter dem Aspekt der individuellen Ausdrucks- und Aneignungsfähigkeit verstanden werden. Denn Integration setze voraus, dass Sprache auch nicht als Instrument von Ausgrenzung („Wir und die „Anderen“) oder gar als „Waffe“ benutzt werden dürfe, um andere mit Hilfe von Kampfbegriffen zu attackieren.



Obwohl die Bedeutung von Sprache nicht überschätzt werden dürfe, gebe es dennoch Grenzen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit im Prozess der Integration. Es wurde die Meinung vertreten, dass Sprache nur eine Komponente von Teilhabe darstelle. Hinzukommen müsse eine echte politische Teilhabe, die über den Ausländerbeirat hinausgehe.

#### *Integration als wechselseitiger Prozess*

Neben den in der zweiten These getroffenen Aussagen wurden weitere, vor allem von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern bzw. von Migrantinnen und Migranten erfahrene Benachteiligungen, angesprochen. Sie bezogen sich auf die seitens der Grundschulen ausgesprochenen Schullaufbahn-Empfehlungen, die die nichtdeutsche Bevölkerung benachteiligten. Weiterhin wurde auf Diskriminierungen hingewiesen, die sich allein schon aufgrund des „ausländischen Aussehens“ ergäben. Dagegen könne man, auch wenn man einen deutschen Pass habe, nichts ändern. Man werde schon rein äußerlich nie ein Deutscher werden. „Das sage ich meinen Kindern. Darauf müssen sie sich einstellen.“

Daneben wurde festgestellt, dass Integration ein äußerst emotionales Thema sei, das den Prozess der Integration sehr erschwere. Damit sei man aber wieder bei der Sprache, die nicht verletzend sein dürfe und die von gegenseitiger Achtung geprägt sein müsse.

Schließlich setze Integration auf beiden Seiten den Willen voraus, zu integrieren und sich integrieren zu wollen. Migrantinnen und Migranten dürften sich nicht eingraben. Aus diesem Grunde müsse schon im Kindergarten oder noch früher damit begonnen werden, damit Verschieden-Sein als normal erfahren werde.

Integration solle nicht dazu führen, dass die Migrantinnen und Migranten ihre kulturelle Identität aufgeben müssten. Integration meine eben nicht Assimilation. Doch es dürften auch keine Parallelstrukturen entstehen. Bei weitergehenden Fragen zur politischen Teilhabe gelte es, verfassungsrechtliche und staatsrechtliche Fragen zu klären, die hier leider nicht ausreichend diskutiert werden könnten.

Schließlich müsse man sich darüber im Klaren sein, dass Integration kein gemeinsamer Folkloreabend und mehr als ein gemeinsames Döner-Essen sei.

#### *Arbeit und Wohnung*

Die Chance, Arbeit zu bekommen, seinen eigenen und den Lebensunterhalt seiner Familie sichern zu können, sei ein wesentlicher Aspekt von Integration. Allerdings gehörten zum Kundenkreis der ARGE sehr viele Migrantinnen und Migranten, die über nur geringe Vorbildung und Qualifikation verfügten. Wenn man für sie nichts Passendes finde, so sei das nicht ausländerfeindlich. Dieser Kundenkreis müsse auch eine Anpassungsleistung erbringen.

Zum Thema Wohnung wurde bemerkt, dass der Wohnungsmarkt nicht frei sei. Ausländerinnen und Ausländer hätten zum Wohnungsmarkt nur einen beschränkten Zugang. Das läge zum einen an den Mietpreisen, zum anderen aber auch daran, dass sie von den Vermietern abgewiesen würden, weil sie dem Anschein nach keine Deutschen seien. „Spätestens, wenn man seinen Namen nennt, ist Schluss.“ Das trage schließlich zur Segregation bei.

### **Thesen**

1. Die Sprache ist in Deutschland ein Schlüssel zur Integration. Ohne die deutsche Sprache hinreichend zu beherrschen, stehen Migrantinnen und Migranten Bildungseinrichtungen und Arbeitsmarkt nur bedingt offen.
2. Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Er muss sowohl von den Migrantinnen und Migranten als auch von der einheimischen Bevölkerung aktiv angegangen werden. Er muss von gegenseitiger Toleranz, Achtung und Respekt gegenüber der jeweils anderen Kultur getragen sein. Die Achtung der im Aufnahmeland geltenden Gesetze, die Einhaltung von Rechtsnormen sei für gelingende Integration unerlässlich.
3. Arbeit bzw. ein Arbeitsplatz und Wohnung sind weitere wichtige Lebensbedingungen, die für eine gelungene bzw. gelingende Integration unabdingbar sind.

#### 4.2 Workshop 2: Was braucht Integration? Welche Rahmenbedingungen sollte es in der Stadt Bergheim geben?

*Moderation und Protokoll: Dr. Gerhard Christe, Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)*

Von mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Deutsche und Nichtdeutsche) wurde die Forderung nach *niedrigschwelligen Angeboten* gestellt. Damit waren Angebote gemeint, die ohne bestimmte Voraussetzungen wahrgenommen werden können. In diesem Zusammenhang wurde auch bemerkt, dass die Einstellung von mehr Personal eine wichtige Rahmenbedingung zur Verwirklichung von niedrigschwelligen Angeboten sei.

In diesem Zusammenhang wurde betont, es sei wichtig, Angebote nicht *für* die Migranten zu entwickeln, sondern *mit* ihnen gemeinsam. Darin, dass oftmals Angebote gemacht würden, ohne zu wissen, was Migranten eigentlich wollen oder brauchen, liege ein Grund, warum Angebote nicht angenommen werden. Die gemeinsame Planung (und Durchführung) sei eine wichtige Rahmenbedingung.

Ebenfalls häufiger wurde der Wunsch nach Orten artikuliert, an denen man sich mehr oder weniger zwanglos treffen könne. Man brauche Räume, wo Begegnungen möglich sind. Man müsse Gelegenheit haben, sich gegenseitig kennenzulernen.

Weiterhin wurde die Auffassung vertreten, es müssten mehr *Migranten auf wichtigen Stellen* in der Stadt vertreten sein, damit Integration besser vorangetrieben werden könne; dies sei eine wichtige Rahmenbedingung.

Als weitere Bedingung für Integration wurde genannt: Es müsse bei den Migranten der Wille vorhanden sein, die Sprache zu lernen. Hieran entspannt sich dann eine Diskussion über die Bedeutung der Mutter- bzw. Elternsprache. Auch diese gut zu beherrschen, sei eine wichtige Bedingung für Integration.

Von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde kritisiert, dass die Presse öfter unfreundlich und einseitig über Migranten berichte. Dies stehe Integration entgegen. Schließlich gehe es darum, gegenseitige Vorurteile abzubauen, dazu benötige man jedoch auch eine objektive Presse. Leider erfülle die Presse diese Anforderung nicht immer und trage damit eher zur Befestigung von Vorurteilen bei.

Es sei außerdem wichtig, so wurde betont, gelegentlich auch Vorbilder unter den Migranten stärker herauszustellen, denn es gebe zahlreiche Migranten, „die es geschafft haben“ und voll integriert seien (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer).

Als weitere wichtige Bedingung für Integration wurde die Teilhabe am Arbeitsleben genannt. Vom Arbeitsleben ausgeschlossen zu sein, beeinträchtigt in erheblicher Weise die Integration. Deshalb



sei es notwendig, etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit unter den Migranten zu tun und zu überlegen, wie Arbeitsplätze für Migranten geschaffen werden können.

Eine wichtige Rahmenbedingung für Integration sei auch der Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dabei sei es sehr wichtig für die Integrationsarbeit, ein gemeinsames Thema zu haben und nicht bloß einen Dialog zu führen. Notwendig sei es, Integration anhand bestimmter Themen ganz konkret zu betreiben. Auch dafür bedürfe es geeigneter Örtlichkeiten.

In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, ein Elterncafé als Ort der Begegnung einzurichten. Bislang sei der Kindergarten fast die einzige Chance, mit Eltern/Müttern in Kontakt zu kommen. Im Anschluss an den Kindergarten sei das kaum noch möglich, da breche der Kontakt dann wieder ab.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Orten (Räumen) der Begegnung wurden auch die Schulen ins Gespräch gebracht. So wurde betont, dass es in der Schule in Bezug auf Integration keine Probleme gebe, ganz anders dagegen in der Freizeit; hier sei es eher schwierig. Vor diesem Hintergrund wurde darauf hingewiesen, dass die Schulen nachmittags und abends zumeist leer stünden. Es sei deshalb zu überlegen, wie man diese Räume besser für Integrationsarbeit nutzen könne.

Ein weiterer Vorschlag zu den Rahmenbedingungen für Integration war, stärker als bisher Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einzusetzen. Dabei sei es aber wichtig, dass dies nicht nur deutsche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter seien. In diesem Zusammenhang wurde schließlich betont, dass interkulturelle Handlungskompetenz eine weitere wichtige Rahmenbedingung für Integration sei. Dies gelte für beide Seiten, d. h. für Deutsche wie für Nichtdeutsche.

Zum Abschluss des Workshops wurden folgende Thesen formuliert.

### **Thesen**

1. Integration braucht niedrigschwellige Angebote.
2. Integration braucht nicht Angebote für Migranten, sondern Angebote, die gemeinsam von Migranten und Nichtmigranten entwickelt worden sind.
3. Integration braucht bestimmte Rahmenbedingungen. Diese sind insbesondere:
  - Orte und Räumlichkeiten
  - Interkulturell qualifiziertes Personal
  - Objektive Presse
  - Passende Bildungsangebote
  - Kontinuierliche Strukturen
  - Barrierefreie Sprachkurse
4. Zur Verbesserung der Integration braucht es an wichtigen Stellen in der Stadt(verwaltung) Migranten, die hier präsent sind.

#### 4.3 Workshop 3: Wie organisieren wir erfolgreiche Integration in Bergheim?

*Moderation und Protokoll: Lutz Wende, Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)*

Der Vorschlag des Moderators, strukturelle Rahmenbedingungen für ein umfassendes kommunales Integrationskonzept zu diskutieren, das die Bereiche Integrationsleitbild, Erarbeitung eines konkreten arbeitsbezogenen Integrationskonzepts, Einrichtung eines Integrationsausschusses sowie einer Integrationsleitstelle umfasst, wurde nur teilweise aufgegriffen. Das Interesse der Teilnehmenden lag in der Erwartung praktischer Vorschläge für (ihre) konkrete Integrationsarbeit.

Im Verlauf des Workshops wurden folgende Themen behandelt:

Der Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in den Diskussionsprozess wurde entgegengehalten, dass diese Forderung nicht zum Abbrechen der gemeinsamen Diskussion führen dürfe, sondern diese Veranstaltung den Auftakt für ein aktives aufeinander Zugehen darstelle. Ein Vertreter des Ausländerbeirats hob hervor, dass Ausländer dauerhaft hier leben und arbeiten würden. Ihre Kinder leben hier und sie gehen auf die gleichen Schulen. Daher gelte es, gemeinsam die Arbeit für die kommende Generation zu beginnen. Dies sei die eigentliche Integrationsarbeit.

Ein zweiter Themenkomplex beinhaltete die Frage nach den Formen der Mitbestimmung; Welche sind wichtig? Welche sind notwendig? Stellt der vorgeschlagene Integrationsausschuss eine optimale Lösung dar? Welche Integrationsvorleistungen sind durch die Kommune vorzuhalten? Und bei welchen würden sich die Verwaltungsstrukturen als Hürden herausstellen? Die Teilnehmenden äußerten sich skeptisch gegenüber formalen Gremien, die sie als abstrakte Gremien bezeichneten. Sie plädierten stärker für eine praktische Arbeit in kleinen Gruppen und an konkreten Themen.

- Wie können Projekte in den Stadtteilen oder zwischen den Institutionen (z. B. Schulen) gestartet werden?
- Wie können die Bedingungen für Projekte in den Stadtteilen verbessert werden?

Die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Integrationsarbeit stellte in diesem Sinne einen Diskussionspunkt dar, der erst nach der Etablierung konkreter Projekte zu klären sei. Vielmehr sollte es jetzt darum gehen, sofort und im unmittelbaren Arbeitszusammenhang Projekte zu etablieren. Die Probleme liegen in den verschiedenen Institutionen und Bereichen (Schule, Kitas, Stadtteilarbeit usw.) eigentlich auf der Hand. Insofern wurde hier ein „bottom-up“-Ansatz eingefordert, der sich an den Erfahrungen im Stadtteil Süd-West und insbesondere den Erfahrungen des Integrationsbüros orientieren sollte. Unter diesem Aspekt ist zu fragen, verbessert die Einrichtung eines Integrationsausschusses die konkrete Integrationsarbeit oder führt sie nur zu der Einrichtung eines weiteren Gremiums?



Allerdings wurde in diesem Zusammenhang von Teilnehmenden hervorgehoben, dass gerade im Stadtteil Süd-West Koordinationsgremien und unterstützende Rahmenbedingungen vorhanden sind, die die vielfältigen Aktivitäten absichern. Ebenso wird deutlich, dass eine solche Struktur aufgrund der besonderen Finanzierungssituation nur bedingt auf andere Stadtteile übertragbar ist bzw. auf die ganze Stadt übertragen werden kann. Daran anknüpfend wurde die Frage diskutiert, ob ein (von allen für notwendig erachtetes) Integrationsleitbild in ein umfassendes Leitbild zur Entwicklung der Stadt Bergheim eingebunden werden sollte oder ob es sinnvoll sei, ein eigenständiges Leitbild zu verankern und damit auch eine eigenständige Strategie zur aktiven Integrationsarbeit zu verfolgen. Diese Frage ist aufgrund der knappen Zeit offen geblieben.

Als zentrales Thema stellte sich in dem Workshop die Frage der Bildungsbenachteiligung von Migranten heraus, die kontrovers diskutiert wurde. Auf der einen Seite wurde von Benachteiligungen in Bezug auf Notengebung und Empfehlungen von Übergängen in höheren Schulformen berichtet. Einzelne Teilnehmende berichteten über Ausgrenzung durch Lehrende, andere über besondere Förderung durch einzelne Lehrende. Zugleich wurden erhöhte soziale Auffälligkeiten und höhere soziale Lernbedarfe festgestellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Migrationsproblem auch als „Unterschichtproblem“ diskutiert werden kann, aus dem sich viele Formen der Bildungsungleichheit und sozialer Ungleichheit ableiten lassen. Daher sind Fördermaßnahmen generell für Alle (!) auszurichten, sind Bildungsarbeit und Bildungsengagement der Eltern zu fördern, eine frühe Sprachförderung zu gewährleisten und vor allem aber soziales Lernen einzubeziehen.

Zusammenfassend kann aus den Beiträgen des Workshops in Thesenform folgendes Fazit gezogen werden:

### **Thesen**

5. Integration(-sförderung) erfolgt immer konkret und nicht in „abstrakten Gremien“.
6. Daher sollte man in kleinen Projekten an konkreten Problemen arbeiten, bei denen der Themenbezug im Vordergrund stehen sollte und nicht die Frage der Herkunft (Welche Bildungsförderung brauchen wir generell? Wie kann die Bildungsbeteiligung verbessert werden? Wie kann die Elternbeteiligung in Kitas und Schulen verbessert werden? usw.).
7. Ein grundlegendes Thema ist Bildungsförderung, hier sollten unmittelbar Arbeitskreise und Projekte gestartet werden.

### **Abschließende Anmerkung des Moderators**

Die Diskussion in diesem Workshop wurde vorrangig auf der Grundlage individueller Erfahrungen geführt. Allgemeine Ergebnisse und Erkenntnisse kommunaler Integrationsarbeit und -forschung aber auch der Schulforschung, wurden außer Acht gelassen. Alltägliche

wie strukturelle Ausgrenzungsmuster sind wenig bewusst ebenso wie Erfahrungen mit Integrationsprozessen aus anderen Städten, die sich verallgemeinern bzw. übertragen lassen. Insofern scheint es neben der Etablierung weiterer konkreter Projekte auch darauf anzukommen, in fachbezogenen Arbeitskreisen in Schulen, Kitas usw. Desintegrationsmechanismen zu identifizieren und zu reflektieren, um entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Aufgrund der Kürze der Zeit blieben notgedrungen viele Fragen offen. Gleichzeitig zeigte sich ein hoher Bedarf an Diskussionen und ein hohes Engagement der Teilnehmenden. Im Rahmen eines städtischen Integrationskonzepts ist es daher ebenso notwendig, reflektiertes Wissen über die praktischen Ansätze hinaus zu vermitteln.

## 5 Zusammenfassung und Ausblick

Mit der heutigen Veranstaltung ist ein sehr engagierter Einstieg in die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Bergheim gelungen. Viele Teilnehmer äußerten, dass sie gerne noch mehr Zeit für die Diskussion in den Workshops gehabt hätten. Dies ist als ein positives Signal zu sehen und, dass ein großes Interesse besteht, „konkreter“ zu werden.

Mit der Studie „Transparenz schaffen! – Analyse der bisherigen Integrationsarbeit in ausgewählten Stadtteilen Bergheims“ ist die Ermittlung der Grundlagen zum aktuellen Stand der Integration abgeschlossen. Direkt im Anschluss an die heutige Veranstaltung beginnt die politische Diskussion darüber, eine zusätzliche Stelle für eine Integrationsfachkraft ab Sommer 2008 einzurichten. Diese Diskussion wird zunächst im Haupt- und Personalausschuss, dann im Bürgerausschuss und schließlich im Finanzausschuss bis zu den Sommerferien beraten. Nach den Sommerferien soll dann der Einstieg in die praktische Arbeit beginnen und ein Integrationskonzept für die Stadt Bergheim erarbeitet werden. Dabei soll auf die heutige Diskussion aufgebaut und das Integrationskonzept gemeinsam mit Politik, Stadtverwaltung, Institutionen und Vereinen sowie Bewohnern und Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund entwickelt werden.



## 6 Teilnehmer der Workshops

### *Workshop 1: Was ist Integration? Welches Integrationsverständnis haben wir?*

Altunisik	Mehmet	Ausländerbeirat
Bahzad	Ali	Integrationsbüro
Dappert	Ludwig	Stadt Bergheim FB 5
Fielitz	Eva	FDP-Fraktion
Fliegner	Jörg	ARGE Bergheim
Forisch	Karl Ernst	Rhein-Erft-Kreis, Integrationsbeauftragter
Liobar	Mélon	GWA-Büro Stadt Bergheim
Meyer	Sibille	Kiga Flohkiste
Reisch	Roman	Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe
Schauen	Lambert	Kriminalprävention
Schmitz	Helmut	Polizei
Schulz	Herbert	Polizei
Stübner	Wolfgang	Polizei
Vitkayathil		Sozialdienst katholische Frauen Bergheim
von Pavel	Ingrid	Senioren Union Bergheim

### *Workshop 2: Was braucht Integration? Welche Rahmenbedingungen sollte es in der Stadt Bergheim geben?*

Abdellaoui	Mohamed	Ausländerbeirat
Alt-Kaul	Elisabeth	GWA-Büro Stadt Bergheim
Amirthalingam	Tharani	Erftgymnasium
Benbrahim	Hafid	
Beywl	Julian	ASH-Sprungbrett e.V.
Bousfia	Mohamed	Islamischer Kulturverein
Braun-		
Hönnighausen	Irmgard	Stadt Bergheim FB 5.7
Bräuning	Klaus	ARGE Bergheim
Clemm	Peter	Erftgymnasium
Conen	Ralf	Stadt Bergheim Feuer u. Rettung
Dardor	Bagdade	KJF Ahe e.V.
Dayiku Pomame	Sylvie	Sprach u. Kulturvermittlerin
Dr. Hajab	Eghbal	Cultur Clash
Eschweiler	Reiner	Stadt Bergheim FB 5.1
Esser	Sylvia	Jugendamt Stadt Bergheim
Hense	Thorsten	GWA-Büro Stadt Bergheim
Jansen	Martina	Kita St. Permigius
Joajoni	Ahmida	Islamischer Kulturverein
Keller	Anne	Stadtrat Bergheim
Korreck	Susanne	Integrationsbüro Stadt Bergheim
Lang	Claudia	KJF Ahe e.V.

Lange	Anja	Paulusschule
Lehmann-Pedyna	Andres	Stadt Bergheim
Rasten	Martina	Kita Tümmelkiste
Sarrar	Mimon	Islamischer Kulturverein
Strache	Doris	Familienzentrum Kita Abenteuerland
Strohmeier	Iris	GWA Büro
Vela Sanchez	Isabel	StadtBergheim freiw. Engagement
Vetter	Herbert	Stadtteilbüro BM Süd West, Jugendzentrum
Wehner	Julia	Erftgymnasium
Wilbertz	Anni	Soziales Netzwerk

### *Workshop 3 Wie organisieren wir erfolgreiche Integration in Bergheim*

Altunisik	Mehmet	Ausländerbeirat
Bau-v.d.Straeten	Barbara	Anton-Heinen-Haus
Brand	Marie-Theres	Stadt Bergheim FB 5.5
Broich-Jansen	Birgit	Süd-West-Pool Journalisten
Dr. Logemann	Fatma	CDU-Fraktion
Dr. Müller-Bozkurt	Askim	IFWPB e.V.
Düchting	Franz Josef	CDU-Fraktion
Engel	Peter	Interessierter an Integration
Franzen	Gisela	VHS Bergheim
Garacoglu	Huseyin	Ausländerbeirat
Göycali	Sehnan	
Gumz	Helga	Stadtrat SPD
Hilbricht-Gey	Bärbel	GMB Erich Kästner Schule Bergheim
Holzfuß-Istif	Ursula	GE Bergheim Gesamtschule
Juschka	Tom	Stadtteilbüro BM Süd West
Jütte	Reinhard	Fraktion Die Grünen
Klein	Angelika	Stadt Bergheim
Konnen	Udo	Arbeitsagentur Bergheim
Kramer-Rottland	Ute	Stadt Bergheim FB 3.8
Lijic-Eschweiler	Anke	Fliester Schreihäls e.V.
Lingen	Guste	Arbeitserbsthilfe Sprungbrett e.V.
Malgorzata Uerlich		Kultur Sprachmittler
Neumann	Monika	Kita der Stadt Bergheim
Nielsen	Christian	Erftland mbH
Siedenber	Hans-Werner	Interessierter an Integration
Ungermann	Doris	Stadt Bergheim FB 5.4
Vignando	Loretta	
Wickhorst	Julanda	AWD, Familienbildungsstätte Bergheim
Wolf	Christa	Stadt Bergheim FB 5.3
Wüllner	Edith	Stadt Bergheim FB 5.6
Zellerhoff	Klaus	Lokale Agenda BM

